



NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 08.09.2009,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:55



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Wolfgang Kern

Peter Lerch

ab TOP 3 ö.S.

Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop



Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus ab TOP 3 ö.S.

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Ralf Bernhard (Stadtbauamt)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Udo Hans (Amt für Recht, Ordnung und Umwelt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim)

Petra Bechtold (Ortsvorsteherin Dammheim)

Rudolf Boesche (Ortsvorsteher Wollmesheim)

Martin Gensheimer (Ortsvorsteher Arzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Prof. Peter Leiner

Natascha Walz

Theo Kautzmann

Sandro Zandonella

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte den Tagesordnungspunkt 9 der öffentlichen Sitzung abzusetzen. Es habe nicht die Möglichkeit gegeben, dies in einem Ausschuss vorzubereiten.



Bürgermeister Hirsch hatte kein Problem damit, man könne hier durchaus noch eine Sitzung warten.

Der Stadtrat stimmte der Absetzung dieses Punktes einstimmig zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung von Ratsmitgliedern
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verpflegung in Ganztagschulen
Vorlage: 101/016/2009
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ergänzungen der Straßennamensschilder um
Namenserläuterungen
Vorlage: 101/017/2009
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Klare Rechtsgrundlage für Flohmärkte an Sonntagen
Vorlage: 101/018/2009
6. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Landesprogramm "Aktive Stadtzentren"
Vorlage: 101/019/2009
7. Wahl der Ausschüsse
Vorlage: 101/020/2009
8. Neubildung des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 510/009/2009
9. Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd
Anpassung Honorarvergütung der DSK für die Grundstücksbewirtschaftung
Vorlage: 240/005/2009
10. Änderung der Jugendamtssatzung
Vorlage: 300/012/2009
11. Anschluss- und Benutzungszwang für die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung
Vorlage: 300/009/2009
12. Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung
Vorlage: 300/001/2009
13. Straßenreinigungssatzung
Vorlage: 300/010/2009
14. Änderung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen
Vorlage: 300/011/2009
15. Änderung der Satzung über den Beirat für Migration und Integration



Vorlage: 300/002/2009

16. Einrichtung einer Ganztagschule in Angebotsform bei der Grundschule Süd
Vorlage: 400/001/2009
17. Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr gemäß § 36 Landesstraßengesetz
Vorlage: 680/003/2009
18. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Punkt lagen keine Wortmeldungen vor.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung von Ratsmitgliedern

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass Herr Rudi Klemm und Frau Maria Helene Schlösser durch die Wahl zu ehrenamtlichen Beigeordneten ihr Mandat im Stadtrat kraft Gesetzes verloren haben. Er teilte mit, dass Herr Dr. Peter Leydecker und Herr Martin Heupel nachrücken.

Der Vorsitzende belehrte Herrn Dr. Leydecker und Herrn Heupel über ihre Rechte und Pflichten als Ratsmitglied und verpflichtete sie per Handschlag.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Verpflegung in Ganztagschulen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13. Mai 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Die Zahl der Ganztagschulen sei auch in Landau stark angestiegen. Sowohl im pädagogischen Bereich als auch im Blick auf gesunde Ernährung habe man schon viel zum positiven bewegt. Trotz allem könne man noch vieles verbessern. Es gebe die Möglichkeit, frühzeitig gesundes Essverhalten einzüben. Natürlich sei ihr bewusst, dass gleich wieder nach den zusätzlichen Kosten gefragt werde. Daher bitte sie den Antrag unter Kostenvorbehalt zu stellen. Andererseits solle der Antrag ein Anstoß an die Schulen, Lehrer und Eltern sein, kritisch zu hinterfragen, ob das angebotene Essen immer gesundheitspolitisch zu verantworten sei. Die Stadt habe nicht nur die Pflicht schulische Versorgung anzubieten, sondern auch für eine soziale und pädagogische Grundhaltung im Sinne der Werte unseres Landes zu sorgen. Hier habe die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion zu erfüllen.

Ratsmitglied Müller begrüßte den Antrag grundsätzlich. Hier sei aber natürlich auch die Kostenfrage zu beachten. Sie schlage daher vor, den Antrag mit in die Haushaltsberatungen zu nehmen.

Ratsmitglied Dr. Wissing hielt den Antrag ebenfalls für sinnvoll. Man habe ja bereits im April 2008 nachgefragt, ob die in den Schulen angebotene Ernährung den Richtlinien für eine gesunde Ernährung standhalte. Die Schulen sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Ratsmitglied Dr. Migl fand den Antrag ebenfalls sehr begrüßenswert. Man könne nie früh genug beginnen, den Nachholbedarf im Bezug auf gesunde Ernährung zu vermindern. Gerade bei Kindern sei es sinnvoll präventiv anzusetzen.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass es keine Frage sei sich für eine gesunde Ernährung einzusetzen. Fraglich sei jedoch, ob die öffentliche Hand dies schultern könne. Er schlug vor, den Antrag in den Hauptausschuss zu verweisen oder ihn in den nächsten Haushaltsberatungen wieder aufzugreifen.

Ratsmitglied Schröer erinnerte daran, dass Bündnis 90/Die Grünen bereits im Jahr 2007 eine Anfrage zur Qualität des Essens in den städtischen Ganztagschulen gestellt habe. Von daher begrüße die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion diesen Antrag natürlich. Es sei immer noch so, dass das Essen an den Schulen nicht nach Gesundheitsgesichtspunkten sondern nach der Kostenfrage aufgestellt werde. Sie halte es aber auch für wichtig, dass ein ganzes Konzept für die Schulessen erstellt werde.

Der Vorsitzende unterstrich, dass dies natürlich unter dem Vorbehalt der Kostenfrage stehe. Von daher sei zu prüfen, ob Mehrkosten entstehen würden. Er halte es daher für sinnvoll, diesen Antrag nochmals bei den Haushaltsberatungen zu diskutieren. Klar sei, dass man an das Essen in der Schule nicht die gleichen Kriterien anlegen könne, wie zuhause.

Ratsmitglied Ludwig entgegnete, dass es Ziel sein müsse die Essgewohnheiten der Kinder zu verändern. Hier habe der Unterricht in der Schule sehr wohl eine nachhaltige Vorbildfunktion.

Ratsmitglied Dr. Wissing ergänzte, dass es ja nicht nur um das Schulessen gehe, sondern auch um Gesundheitserziehung. Dies müsse sich auf Kochkurse und Arbeitsgemeinschaften in den Schulen auswirken.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:



Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13. Mai 2009 wird in die Haushaltsberatungen verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Ergänzungen der Straßennamensschilder um Namenserläuterungen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 18. Juni 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Man habe sich in der Vergangenheit schon des öfteren mit der Erinnerungskultur beschäftigt. Die von ihm in diesem Antrag aufgegriffene Idee sei sicher nicht neu. Viele Städte würden dies praktizieren und auch in Landau finde man es vereinzelt. Er fände es gut, wenn man in Landau dieses System weiterentwickeln würde. In der Innenstadt gebe es eine ganze Anzahl von Straßen die hierfür in Frage kämen. Hier könne man den Landauern aber auch den Gästen sicherlich sehr hilfreiche Erläuterungen zur Geschichte der Stadt geben.

Ratsmitglied Hott sprach von einem begrüßenswerten Antrag. Es stelle sich die Frage, wer eine Erfordernis für die Ergänzung prüfe und in welchem zeitlichen Rahmen. Natürlich sei auch die Kostenfrage zu ermitteln.

Ratsmitglied Schröer war der Meinung, dass sich die Stadt dadurch auch erschließe. Zu klären sei die Kostenfrage. Sie bitte darüber nachzudenken, ob man ein Sponsoring für diese Sache finde. Dann könne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dies unterstützen.

Ratsmitglied Volkhardt schloss sich für die FWG-Stadtratsfraktion den bisherigen Ausführungen an.

Ratsmitglied Silbernagel wollte in erster Linie wissen, welche Kosten auf die Stadt zukommen würden. Zudem sollte es darum gehen, den Schilderwald einzudämmen. Es bestehe die Gefahr, dass solche Zusätze noch verwirren. Als elegantere Lösung könnte sich die FDP-Stadtratsfraktion einen virtuellen Stadtplan im Internet vorstellen.

Ratsmitglied Dr. Migl fand, dass man es nicht zu kompliziert machen sollte. Sie finde, dass der Kulturausschuss und der Bauausschuss die geeigneten Gremien wären um dies intensiv zu beraten. Im Gegensatz zu Herrn Silbernagel sei sie auch nicht der Auffassung, dass solche Zusätze Verwirrung bringen würden.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron machte noch mal deutlich, dass es ihm um einen politischen Impuls gehe. Es gehe heute natürlich nicht darum, dies in allen Einzelheiten schon fest zu machen.

Ratsmitglied Freiermuth fand den Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen bezüglich des Sponsorings begrüßenswert. Darüber sollte man ernsthaft nachdenken.

Der Vorsitzende schlug vor, Herrn Dr. Martin zu beauftragen eine Liste mit den Straßenerläuterungen zu erstellen. Wenn die Liste vorliege könne das Bauamt dann die Kosten ermitteln. Dann sollte man sehen, ob ein Sponsoring möglich sei. Wenn all dies geklärt ist, werde man dann im Hauptausschuss berichten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

Die Straßennamensschilder in der Stadt Landau werden systematisch um Namenserläuterungen ergänzt.

Zum weiteren Vorgehen wird auf den Vorschlag des Oberbürgermeisters verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Klare Rechtsgrundlage für Flohmärkte an Sonntagen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16. Juli 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Kopf begründete den Antrag. Der SPD gehe es grundsätzlich darum, dass es nach wie vor möglich sein sollte an Sonntagen Flohmärkte zu veranstalten. Solche Flohmärkte seien auch ein Erlebnis für Familien. Mit einem gerade bestätigten Urteil habe das Verwaltungsgericht Neustadt diese Flohmärkte an Sonntagen abgelehnt. Nun müsse das Oberverwaltungsgericht darüber entscheiden. Mit dem Antrag gehe es darum, die Diskussion auf landespolitischer Ebene zu forcieren. Die Verwaltung habe durchaus Möglichkeiten dies landespolitisch zu platzieren beispielsweise durch Einschaltung der Kommunalen Spitzenverbände oder des Kommunalen Rates. Es gehe darum, eine klare Rechtsgrundlage zu schaffen. Probleme gebe es bei Flohmärkten immer dann, wenn auch gewerbliche Anbieter beteiligt seien. Diese Frage sei in Rheinland-Pfalz noch nicht entschieden. Der Antrag heute solle eine Diskussion in Gang setzen, nur darum gehe es.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass die Rechtslage für Flohmärkte an Sonn- und Feiertagen nicht einfach und unklar sei. Es gebe drei Meinungen, wie das so oft in Rechtsfragen sei. Sowohl die ADD als auch das Innenministerium hätten erklärt, dass sie nun abwarten wollten wie das Oberverwaltungsgericht in der Berufung entscheide. Erst dann solle entschieden werden, ob eine Rechtsgrundlage geschaffen werden müsse. Wenn die SPD der Meinung sei, dass man die Landesregierung an diesem Punkt anschieben müsse, dann sei die CDU gerne bereit hier mitzumachen.

Ratsmitglied Schröer unterstütze ebenfalls den Antrag.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung setzt sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln (Schreiben an den Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz sowie an MdL, Befassung der kommunalen Spitzenverbände und des Kommunalen Rates) dafür ein, dass für die Genehmigung von Flohmärkten an Sonntagen eine klare landesrechtliche Ermächtigungsgrundlage geschaffen wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Landesprogramm "Aktive Stadtzentren"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 25. August 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Dieser Antrag sei nicht nötig, da die Verwaltung schon seit Wochen aktiv sei.

Ratsmitglied Eichhorn begründete den Antrag. Landesprogramme seien üblicherweise kein Geschäft der laufenden Verwaltung. Dies bedeute, dass die Ratsgremien mit ein zu beziehen seien. Nur dies sollte der Antrag bezwecken. Es stelle sich die Frage, warum dieses Landesprogramm bisher den Gremien vorenthalten worden sei. Nach Auskunft des Innenministeriums ihm gegenüber sei dieses Programm schon 2008 aufgelegt worden. Es sei ein Jahresprogramm, das jedes Jahr neu aufgelegt werde. Als die CDU im vergangenen Jahr 40.000 Euro für die Erneuerung der Fußgängerzone beantragt habe, hätten bei der Verwaltung sämtliche Warnlampen angehen müssen. Stattdessen habe die Verwaltung nichts getan. Wenn nun die Fußgängerzone in dieses Landesprogramm passe, habe man gute Chancen etwas zu bekommen. Man sollte dann aber die 40.000 Euro als Planungskosten einsetzen um eine größere Maßnahme zu haben. Vor allem sollten die Gremien des Rates hierüber informiert werden. Er beantrage daher, den Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflge zu verweisen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung nicht immer alle Programme kennen könne, sobald sie aufgelegt werden. Als man davon Kenntnis erlangt habe, habe man sofort begonnen dies umzusetzen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 25. August 2009 zum Landesprogramm Aktive Stadtzentren wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflge verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Wahl der Ausschüsse

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 3. September 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte, dass sie auf eine Wahl in den Aufsichtsrat Energie Südwest und in den Aufsichtsrat der Stadtholding verzichte, da es wohl bei den Grünen erhebliche Vorbehalte gegen ihre Wahl in diese beiden Gremien gebe.

Ratsmitglied Brunner schlug für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen Frau Andrea Rieber zur Wahl vor.

Bürgermeister Hirsch teilte mit, dass der Verwaltung ein Schreiben vorliege, in dem der Paritätische Wohlfahrtsverband darum bitte mit beratender Stimme im Sozialausschuss mit zu wirken. Dies sei grundsätzlich erfreulich, jedoch könnten dann auch alle anderen Verbände der freien Wohlfahrtspflege das gleiche Anliegen an die Verwaltung stellen. Dies würde den Sozialausschuss unangemessen vergrößern. Er schlage daher vor, den Ausschuss so zu wählen wie bisher.

Ratsmitglied Morio bat beim Kulturausschuss bei den Stellvertretern Herrn Jürgen Thomas durch Frau Anna Hochdörffer zu ersetzen.

Bürgermeister Hirsch wies noch darauf hin, dass die Vorschläge für den Sozialausschuss den Regelungen der Hauptsatzung widersprechen, nach dem mindestens die Hälfte der Ausschussmitglieder Ratsmitglieder sein müssen. Von den derzeitigen Vorschläge sind 7 Nichtratsmitglieder. Da aber der Sozialausschuss keine abschließenden Entscheidungen treffe, könne man dies hier so akzeptieren.

Der Stadtrat beschloss offene Abstimmung und wählt einstimmig:

aufgrund des dieser Sitzungsvorlage in der Anlage beigefügten gemeinsamen Wahlvorschlags aller im Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz vertretenen politischen Gruppen die Mitglieder der Ausschüsse, Zweckverbände und Gremien.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Neubildung des Jugendhilfeausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 26. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eisold stellte fest, dass die vorgeschlagenen Mitglieder der freien Träger und die Stellvertreter die gleichen seien, wie in der letzten Wahlperiode. Seiner Meinung nach müsste man dies umdrehen, damit auch mal andere zum Zug kämen.

Der Stadtrat beschloss offene Abstimmung und wählte mehrheitlich mit 37 Ja-, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

in den JHA als stimmberechtigte Mitglieder

1. **4 Frauen und Männer auf Vorschlag der als Träger der Jugendhilfe anerkannten Jugendverbände:**

| Mitglied | VertreterIn |
|------------------|---------------------|
| Mantel Ursel | Schoppe Klaus |
| Scharhag Susanne | Bein Timo |
| Lackner Nadja | Buchenberger Thomas |
| Holz Lisia Maria | Wächter Annabelle |

2. **4 Frauen und Männer auf Vorschlag der sonstigen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe**

| Mitglied | VertreterIn |
|----------------------|----------------------|
| Dawo Christian | Braun Heinrich |
| Kühn Bruno | Schlimmer-Bär Martin |
| Bouquet Hans-Joachim | Kuhm Marthe |
| Thomas Silke | Helbach Christel |

Es wurde eine Auswahl unter Berücksichtigung möglichst vieler Verbände und der Erfahrung in der Jugendhilfe getroffen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd Anpassung Honorarvergütung der DSK für die Grundstücksbewirtschaftung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 26. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl fand die Vorlage im Großen und ganzen nachvollziehbar. Jedoch wolle sie den Satz 2 der Beschlussvorlage gestrichen haben. Wenn man dies so beschließe, bekomme der Rat keine Informationen mehr über Honoraranpassungen und verliere die Kontrolle hierüber.

Ratsmitglied Heuberger stellte fest, dass die DSK ja einige Dinge für die Stadt Landau mache. Dabei seien einige Dinge mit denen sich gut Geld verdienen lasse und andere wo dies nicht so sei. Dies gehöre aber in den Bereich geschäftliches Risiko. Die CDU-Stadtratsfraktion sei der Auffassung, dass man hier keine Änderung vornehmen sollte. Man sollte stattdessen der DSK andere und bessere Möglichkeiten geben, um die Renditen zu erhöhen.

Herr Messemer erläuterte noch mal allgemein zum Verfahren. Der Entwicklungsträgervertrag, der aufgrund einer Ausschreibung mit der DSK abgeschlossen worden sei, umfasse die gesamte Entwicklung des Gebietes Landau-Süd mit 46 Hektar Fläche. Damit würden vielfältige Aufgaben zusammen hängen. Dazu gehöre unter anderem die Unterstützung bei der Entwicklung des Gebietes und eine Bodenordnung. Weiter sei auch die Auftragsvergabe für die Altlastensanierung eine der Aufgaben. Man habe beim Vertragsabschluss ganz bewusst Pauschalhonorare vereinbart. Dies gelte auch bei Vermietungen. Hier müsse man fairnesshalber sagen, dass es bei der Vermietung gerade des Kasernenareals einen deutlich höheren Aufwand gebe. Bei den Gesprächen habe sich gezeigt, dass hier ein deutliches Missverhältnis zu den Pauschalhonoraren vorliege. Von daher halte er es für opportun, hier etwas zu verändern.

Der Vorsitzende unterstrich, dass man mit der DSK seit Jahren konstruktiv zusammenarbeite. Die Vermarktung laufe auch wegen der Pauschalhonorare so erfolgreich.

Ratsmitglied Volkhardt stellte fest, dass diesem Vertrag ja eine Ausschreibung zugrunde liege. Jetzt werde ein wesentlicher Punkt des Vertrages freiwillig geändert. Dies wäre seiner Ansicht nach ein Grund für eine Nachberatung des Vertrages. Der Vertrag müsste im Prinzip aufgehoben und neu ausgeschrieben werden. Denn es hätten sich ja nach den Ausführungen von Herrn Messemer wesentliche Punkte geändert.

Ratsmitglied Dr. Bals schloss sich den Ausführungen von Herrn Volkhardt bei. Wenn andere Mitbewerber in der Ausschreibung andere Angebote abgegeben hätten, dann hätten sie wohl besser kalkuliert.

Herr Messemer erläuterte, dass zur Frage der Vermietung und Verpachtung gar kein Angebot abgegeben worden sei. Dies habe man erst nachträglich nachverhandelt und in den Vertrag aufgenommen.

Der Vorsitzende hielt es für durchaus üblich, dass man bei geänderten Voraussetzungen auch Anpassungen vornehme.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, ob die 10 % der Mieteinnahmen unverändert bleiben oder ob eine neue Pauschale vereinbart werde.

Herr Messemer erläuterte hierzu.



Ratsmitglied Heuberger erinnerte daran, dass bei einer Ausschreibung immer der günstigste Bieter den Zuschlag erhalte. Die DSK habe genau aufgrund dieses Angebotes den Zuschlag erhalten. Andere Anbieter, die das ganze vielleicht realistischer eingeschätzt hätten, seien auf der Strecke geblieben. Letztlich sei die DSK kein unerfahrenes Unternehmen in Geschäftsfragen und könne nun nicht einfach wegen einer vermeintlichen Fehleinschätzung den Vertrag nachbessern.

Ratsmitglied Silbernagel sah durch die Diskussion einen erheblichen Klärungsbedarf. Er schlage daher vor, die Vorlage noch mal in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Dr. Bals war der Auffassung, dass wenn es für die Stadt nur Peanuts seien, dann doch wohl auch für die DSK. Dann gebe es auch keinen Grund hier nochmals nachzubessern.

Herr Hans erläuterte zu den Bedingungen einer VOF-Ausschreibung.

Ratsmitglied Dr. Migl schlug vor, dass die Verwaltung die Vorlage zurückziehen sollte und im Bauausschuss und im Hauptausschuss noch einmal zu behandeln.

Ratsmitglied Ludwig schloss sich den Ausführungen von Frau Dr. Migl an.

Ratsmitglied Heuberger beantragte, im Bauausschuss auch die anderen Ausschreibungsergebnisse bekannt zu geben.

Der Stadtrat beschloss

Die Vorlage wird zurückgestellt und in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Änderung der Jugendamtssatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 28. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Landau in der Pfalz

als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Anschluss- und Benutzungszwang für die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 14. Mai 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage beigefügten Entwurf einer Satzung über den Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung

als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Änderung der Satzung über die Schülerbeförderung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 27. Juli 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch wies darauf hin, dass das Thema ja nicht neu sei. Die Finanzaufweisungen des Landes würden nicht ausreichen um die Kosten der Schülerbeförderung zu decken. Er wolle wissen, wie realistisch diese Schätzung der Kostendeckung sei.

Herr Messemer erläuterte, dass die Kosten derzeit fast komplett übernommen würden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf
zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Schülerbeförderung
als**

Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Straßenreinigungssatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 14. Mai 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1.

Der Stadtrat stimmt dem als Anlage 1 beigefügten Entwurf einer Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau - AöR - (EWL) über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung) zu.

2.

Der Stadtrat beschließt den als Anlage 2 beigefügten Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)

als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Änderung der Satzung über die Ablösung von Stellplatzverpflichtungen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 27. Juli 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eichhorn hielt es für nachvollziehbar, dass nach 15 Jahren hier nachgebessert werden müsse. Er könne jedoch hier keine Systematik bei der Erhöhung erkennen. Es sei daher sinnvoll, dies noch mal in den Bauausschuss zu verweisen und dort zu erläutern.

Ratsmitglied Volkhardt wollte wissen, ob es hier Richtzahlen für die Ablösebeträge gebe.

Herr Bernhard erläuterte, wie die Ablösebeträge in den einzelnen Zonen zustande kämen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig die Vorlage in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Landespflege zurück zu verweisen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Änderung der Satzung über den Beirat für Migration und Integration

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht, Ordnung und Umwelt vom 18. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Satzung über den Beirat für Migration und Integration

als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Einrichtung einer Ganztagschule in Angebotsform bei der Grundschule Süd

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 25. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Den Antrag habe man bereits für dieses Schuljahr gestellt, sei aber nicht zum Zuge gekommen. Nun starte man einen neuen Versuch in der Hoffnung, dass des dieses mal klappe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

bei der Schulbehörde die Einrichtung einer Ganztagschule in Angebotsform bei der Grundschule Süd ab dem Schuljahr 2010/11 zu beantragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Widmung von Straßen für den öffentlichen Verkehr gemäß § 36 Landesstraßengesetz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 18. August 2009, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Gemäß § 36 des Landesstraßengesetzes für Rheinland-Pfalz (LStrG) werden die in der Anlage 1 aufgeführten Verkehrsflächen als Gemeindestraßen (§ 3 Nr. 3a LStrG) dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die hierin genannten Flächen sind in den beiliegenden Lageplänen, die Bestandteil der Sitzungsvorlage sind, gekennzeichnet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende bot den Fraktionen an, ihnen sein Schreiben an den Leiter des Bergbauamtes bezüglich des Erdbebens vom 15. August zur Verfügung zu stellen. Die Expertenkommission habe zwischenzeitlich erstmals in Landau getagt. Man könne natürlich nicht erwarten, dass es bereits nach der ersten Sitzung Ergebnisse gebe. Man sei hier im engen Kontakt mit dem Land aus Verantwortung gegenüber den betroffenen Bürgern aber auch gegenüber dieser zukunftsgerichteten Technologie.

Ratsmitglied Schröer wollte wissen, wie die Haftungsfrage im Bezug auf die Energie Südwest geregelt sei. Diese habe ja auch Verträge abgeschlossen.

Bürgermeister Hirsch teilte mit, dass sich die Haftung ausschließlich nach dem Bergbaurecht richte.

Der Vorsitzende unterstrich, dass es derzeit keinen Grund gebe vorschnell zu reagieren. Man sei hier Vorreiter einer Zukunftstechnologie, die in einigen Jahren sicherlich als Alternative zur Atomenergie sehr wichtig sei.

Ratsmitglied Marquardt widersprach dem Vorsitzenden. Vorreiter sei man auf diesem Gebiet in Landau ganz sicher nicht, da gebe es andere Gebiete. Er könne nicht verstehen, dass diese Expertengruppe bisher noch kein Ergebnis vorlegen konnte. Wenn man mal ganz einfach frage, wie das Wasser wieder in die Erde zurückkomme, dann habe man schon die Antwort.

Ratsmitglied Dr. Wissing wollte wissen, ob es denn unabhängig von der Problematik des Erdbebens schon Beschwerden wegen des Lärms durch das Geothermiekraftwerk gegeben habe.

Der Vorsitzende erwiderte, dass ihm keine Beschwerden bekannt seien. Allerdings sei dort auch noch kein größeres Wohngebiet.

Beigeordneter Klemm wies auf verschiedene Aktionen der Lokalen Agenda hin. Zum einen die Aktion „Sicherer Schulweg“ gemeinsam mit der Verbandsgemeinde Offenbach. Dann wolle er hinweisen auf die Aktion „Stadtradeln“.

Der Vorsitzende teilte mit, dass man in den Sommerferien Schulsanierungen in einer Größenordnung von 1,8 Millionen Euro durchgeführt habe.

Er bat darum, noch fehlende Unterschriftenlisten für die Landesgartenschau an die Verwaltung weiter zu leiten.

Weiter kündigte er eine Sitzungsvorlage bezüglich „Upper Rhine Valley“ an, nach dem nun auch der Landkreis Germersheim und der Landkreis Südliche Weinstrasse beigetreten seien.

Ratsmitglied Schwarzmüller sprach noch mal den regen Autoverkehr beim Geothermiewerk an. Sie habe das schon mehrfach angemahnt, es habe sich nichts verändert.

Ratsmitglied Scheid ergänzte, dass auch die Kraftgasse sehr häufig als Abkürzung genutzt werde.

Der Vorsitzende sicherte eine Überprüfung zu.

Ratsmitglied Dr. Migl gab den Wunsch der Firma Füllhorn weiter, im Bereich ihres Geschäftes Kurzzeitparkplätze einzurichten.

Ratsmitglied Ludwig erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach dem Sachstand bezüglich des Parkdecks.





Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 08.09.2009 umfasst 30 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 139.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete